



„Es geht halt nicht anders“

Sie gehören zur Gruppe der Armutsgefährdeten, sonst könnten sie nicht im Sozialmarkt einkaufen. Das fällt ihnen weniger schwer, als es für Außenstehende scheint. Ein Besuch.

| Von Sonja Fercher |

Am Vorplatz stehen die Menschen schon Schlange, Frauen und Männer aus allen Altersgruppen, mit und ohne Kinderwagen, einige haben einen Einkaufstrolley mit dabei. Der MigrantInnen-Anteil ist hoch, was durch Fremdsprachen und Frauen mit Kopftuch deutlich wird. Erstaunlich auch, wie viele Männer dort anstehen, um zu günstigen Preisen einkaufen zu können. Eine Schlange reiht sich die Rampe entlang, eine zweite fädelt sich links davon vor der Treppe auf, die noch mit einer Kette abgesperrt ist. Es herrscht reges Treiben, einige der Wartenden plaudern miteinander. Andere haben eine Zeitung mit dabei, um sich die Zeit zu vertreiben, bis sich die Pforten des Sozialmarkts in der Neustiftgasse im 7. Bezirk in Wien öffnen.

Auch eine jüngere Frau ist begeistert: „Das ist eine tolle Einrichtung.“ Auch ihr ist es nicht unangenehm, dort einzukaufen. Sie sei froh, dass es ein Geschäft wie dieses gibt.

Mitten in Boboland ist Platz für sie

Während die Kunden ein- und ausgehen, fährt ein LKW vor. „Was krieg' ma denn?“, fragt eine Mitarbeiterin des Hilfswerks den Fahrer lächelnd. „Werdet ihr schon sehen“, meint er. Aus dem LKW laden Mitarbeiter des Hilfswerks gemeinsam mit den Lieferanten die Waren aus: Kartons mit Marillenködeln, Schweinsbraten, Kroketten und anderen Tiefkühlprodukten.

„So prall gefüllt, wie sie wirken, sind die Taschen nicht, verrät ein Blick hinein. Aber sie sind voller als nach einem Einkauf in einem normalen Supermarkt.“



Eine Pensionistin kommt aus dem Geschäft, sie freut sich über die Aufmerksamkeit. Die gebürtige Tschechin, ebenfalls schon jahrzehntelang in Österreich, kommt einmal pro Woche. Heute hat sie ihr Lieblingsbrot ergattert: „Ich habe drei Wochen darauf gewartet. Das ist so toll, das kann man auch ohne Auftrieb essen.“ Doch so begeistert wie die anderen ist sie nicht: „Oft gibt's nur wenig. Heute gab es zum Beispiel keine Milchprodukte. Dafür sind bei den bunten Bonbons oft die

„Heute gab's nur Brot“

Um 10 Uhr ist es so weit: Das Geschäft ist offen und die Wartenden werden in Gruppen ins Innere gelassen. „Heute habe ich nur Brot bekommen“, bedauert eine ältere Frau, die es eilig hat, weiterzuziehen, bevor ihr noch weitere Fragen gestellt werden. Ein Mann um die 40 erklärt ebenfalls: „Montag ist nix“, und zeigt, dass auch er heute nur Brot bekommen hat. Dann geht er flott davon. Ob die Sozialmarkt-Kunden kurz angebunden sind, weil sie sich schämen? Oder, weil sie schnell zu Arbeit oder Haushalt zurückkommen wollen? Allzu vorschnell würde man erstere Interpretation für wahrscheinlich halten.

Sozialmarkt

Nur wer nachweisen kann, dass er armutsgefährdet ist, bekommt eine Kundenkarte und darf um maximal 30 Euro pro Woche Lebensmittel im Sozialmarkt kaufen. Betreiber beobachten eine steigende Nachfrage.

Regale voll. Von manchen Sachen darf man nur ein Stück nehmen, mehr nicht. Manchmal gehe sie lieber zum Hofer, denn das Ticket für die Öffis koste schließlich auch. Dass sie in einem besonderen Geschäft für Wenigverdiener einkaufen muss, stört sie nicht: „Mir macht das nichts aus – es geht einfach nicht anders.“ Denn sie ist Mindestpensionistin. Die Witwe hat nicht lang genug gearbeitet, um eine höhere Pension zu erhalten: „Ich habe als Buchhalterin in einem Reisebüro gearbeitet“, erzählt sie. Doch dann wurde sie gekündigt und fand keinen Job mehr.

So tröpfeln die Kunden rein und raus. Manche kommen sogar extra aus Penzing oder anderen Bezirken, in denen es keinen Sozialmarkt gibt. Mitten in Neubau ist dort Platz für sie. Denn die Neustiftgasse geht an dieser Stelle über Boboland hinaus. Gegenüber, an der Bushaltestelle vom 48A warten einige Sozialmarktkunden mit ihren Einkaufstrolleys. So prall gefüllt, wie sie wirken, sind die Wägen nicht, verrät ein Blick, den die meisten Befragten bereitwillig gewähren. Aber die Trolleys sind voller, als nach einem Einkauf in einem „normalen“ Supermarkt. Denn das macht den Sozialmarkt aus: Nicht immer ist alles verfügbar, dafür aber zu Preisen, die sich die Betroffenen leisten können.



„Man muss genau dort hinschauen, um die richtigen Maßnahmen zu treffen. Das kann man nicht schönrechnen.“

Wie arm ist Österreich WIRKLICH?

In wenigen Tagen werden der neue Bericht zu den Europäischen Armutszahlen und eine Übersicht über nationale Indikatoren veröffentlicht. Eine „Inflation an Armutskennzahlen“ nennt der Wirtschaftspublizist Michael Hörl das. Matthias Till, Armuts-Experte der Statistik Austria, hält beim Streitgespräch in der Hauptbücherei Wien dagegen. Eine Diskussion über Begrifflichkeiten und Aussagekraft von Armutsstatistik.

Wie liest man die Armutsstatistik richtig? Steigt die Armut in unserem Land, oder wird Österreich absichtlich arm gerechnet? Darüber diskutieren Matthias Till, Armuts-Experte der Statistik Austria, und der Wirtschaftspublizist Michael Hörl.

| Das Gespräch führte Veronika Dolna • Fotos: Katrin Bruder |

12,6 %

der österreichischen Bevölkerung gelten als „armutsgefährdet“. Ihr Haushaltseinkommen beträgt weniger als 60 Prozent des Medians. Für einen Einpersonenhaushalt sind das weniger als 1.066 Euro, für eine Familie mit zwei Kindern weniger als 2.238 Euro im Monat.

(EU-SILC 2011)

schungseinrichtungen, Ministerien und Ländervertretern besetzt war, überlegt, welche Kennzahlen notwendig wären, um zu beschreiben, was in Österreich passiert. Deshalb gibt es einen Katalog von Indikatoren, die die spezifische österreichische Situation abbilden sollen.

Hör!: Die Teilnehmerliste des Gremiums zeigt, dass drei Viertel der Experten aus eher linksgerichteten Organisationen kamen.

Till: Das stimmt nicht. Außerdem wurde nicht nach dem Mehr-

nicht. Wenn man aber täglich die Medien konsumiert, hat man das Gefühl, es ist umgekehrt. Und jetzt hat man in Österreich geschaut, wie man das verändern kann. Auf EU-Ebene ist es ein Indikator für „materielle Deprivation“, wenn man sich keine Waschmaschine, kein Auto oder Handy leisten kann. Aber weil Soziologen von der Uni Wien herausgefunden haben, dass in Österreich auch viele arme Menschen diese Dinge besitzen, hat man einen neuen Indikator kreiert, den man „finanziell depriviert“ nennt, und in dem der Besitz von Waschmaschine oder Auto keine Rolle mehr spielt. So sind plötzlich mehr Menschen davon betroffen.

Till: Auch das stimmt nicht. Der Indikator für „finanzielle Deprivation“ wurde in Österreich 2008 gemeinsam beschlossen. Auf EU-Ebene wurde „erhebliche materielle Deprivation“ erst 2010 eingeführt. Es wurde also von uns nichts weggestrichen. Und welche Merkmale auf „finanzielle Deprivation“ hinweisen, ist damals 2008 nicht willkürlich kreiert worden. Das Gremium hat ganz bewusst sieben Punkte ausgewählt, die von der Mehrheit der Bevölkerung als absolut notwendig für einen Mindeststandard angesehen werden. Und Dinge wie ein Urlaub oder ein Auto wurden eben nicht als absolut not-

wendig erachtet. Deshalb sind sie in der Definition nicht drin. DIE FURCHE: Warum braucht man zusätzlich zur Armutsgefährdung und zur finanziellen Deprivation noch einen Indikator für „manifeste Armut“?

Till: In einem reichen Land ist Armut nicht nur vom Einkommen abhängig. Man kann bei einem niedrigen Einkommen nicht-arm sein, wenn man Vermögen besitzt, oder wenn einem Studenten die Wohnung von den Eltern bezahlt wird. Deshalb wollen wir unterscheiden zwischen niedrigem Einkommen und dem niedrigen Einkommen, das dazu führt, dass man nicht an der Gesellschaft teilnehmen kann.

Hör!: Gerade die Studenten zählen aber zu den Betrof-

9,7 %

der Bevölkerung, oder 781.000 Menschen gelten nach den nationalen Indikatoren als „verfestigt finanziell depriviert“. Auf sie trifft die Definition „finanziell depriviert“ mindestens zwei Jahre am Stück zu. Diese Zahl hat sich seit 2005 etwa verdoppelt.

(Sozialbericht 2011-12)

ken Geld hat. Entscheidend ist, ob es eine Perspektive gibt oder einen das ein Leben lang begleitet. Einer der nationalen Indikatoren betrifft deshalb die „verfestigte Deprivation“, der die Dauerhaftigkeit von Problemlagen über die Zeit erfasst. DIE FURCHE: Herr Hör!, Sie kritisieren auch, dass die Armutsgefährdungsschwelle bei 60 Prozent des Medianeinkommens angesetzt wird. Wie sollte man denn erheben, wie viel Geld jemand braucht,

1,4 Mio. Menschen

sind in Österreich „ausgrenzungsgefährdet“. Sie sind durch ein niedriges Einkommen armutsgefährdet, gelten als materiell depriviert oder leben in einem Haushalt, der von Erwerbslosigkeit betroffen ist. Zwischen 2008 und 2011 sank dieser Wert trotz Wirtschaftskrise.

(EU-SILC 2011)

um sich einen Mindestlebensstandard leisten zu können?

Hör!: Man sollte die Schwelle bei 50 Prozent ansetzen. Zuallererst brauchen wir aber eine ausgewogene Berichterstattung, und eine Diskussion, in der sich auch Kon-



DIE FURCHE: Jedes Jahr werden Armutsstatistiken mit klaren Aussagen veröffentlicht. Lässt sich über das Thema eigentlich diskutieren? Matthias Till: Armut ist eine Frage der Menschenrechte und eignet sich nicht gut für ein Streitgespräch. Worüber man aber diskutieren kann, sind die Indikatoren zur Armut, die wir auch berechnen.

Michael Hör!: Das Problem ist, dass wir in Österreich eine Inflation an Armutskennzahlen haben, die politisch instrumentalisiert werden, um eine soziale Abstiegsangst zu erzeugen.

DIE FURCHE: Sie meinen die europäischen SILC-Zahlen und die nationalen Indikatoren. Warum braucht man beides?

Till: Der Indikator zur Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung, den die europäischen Staats- und Regierungschefs 2010 beschlossen haben, ist eine wesentliche und politisch legitimierte Kennzahl, um das Problem Armut zu beschreiben. Unabhängig davon haben wir in Österreich schon 2008 begonnen, in einem Gremium, das von den Sozialpartnern, der Armutskonferenz, For-

4 %

oder 325.000 Menschen in Österreich sind laut EU-Definition „erheblich materiell depriviert“. Auf sie treffen mindestens vier von neun definierten Merkmalen zu: Sie können ihre Wohnung nicht warm halten, regelmäßige Zahlungen nicht pünktlich begleichen, unerwartete Ausgaben nicht bezahlen, es sich nicht leisten, einmal im Jahr Urlaub zu machen, jeden zweiten Tag Fleisch zu essen oder ein Auto, eine Waschmaschine oder ein Telefon zu kaufen.

(EU-SILC 2011)

heitsprinzip abgestimmt. Die nationalen Indikatoren wurden in einem Konsens zwischen allen Teilnehmern beschlossen. DIE FURCHE: Was stört Sie denn an den nationalen Indikatoren, Herr Hör!?

Hör!: Auf EU-Ebene gibt es die Definition „materielle Deprivation“. Das ist ein Indikator, der in der ganzen EU relativ objektiviert abgefragt wird. Seit zehn Jahren gelten in Österreich die vier Prozent als „manifest arm“.

Till: Als „materiell depriviert“, meinen Sie. Das ist ein wichtiger Unterschied. Hör!: Ja, aber bleiben wir bei den vier Prozent. Das sind die wirklich Armen. 96 Prozent sind es aber



Armut-Debatte

Matthias Till, geboren 1975, ist Bereichsleiter für Analysen und Prognosen in der Bevölkerungsabteilung der Statistik Austria. Seit 1998 ist der studierte Soziologe (im Bild links) mit Armutsstatistik auf österreichischer und europäischer Ebene befasst. Bei der Statistik Austria ist Till verantwortlich für die Entwicklung von nationalen Indikatoren für Armut und soziale Eingliederung. Außerdem unterrichtet er am Institut für Soziologie an der Universität Wien.

Seine kontroversen Thesen brachten Michael Hörl (im Bild rechts) den Namen „Kapitalismus-Professor“ ein. Der 1969 geborene Salzburger ist Wirtschaftspädagoge und -publizist in Salzburg. Er unterrichtet an der Salzburger Tourismusschule Klefheim. Sein Wirtschafts- und Menschenbild hat er in zwei Büchern niedergeschrieben: „Die Finanzkrise und die Gier der kleinen Leute“ und zuletzt „Die Gemeinwohl-Falle“ (beide erschienen im ecobizz-Verlag).

431.000

Menschen, also 5,2 Prozent der Bevölkerung, werden als „manifest arm“ bezeichnet. Sie sind sowohl armutsgefährdet als auch in mindestens einem Lebensbereich depriviert. Das sind um 60.000 Personen mehr als im Jahr 2005.

(Sozialbericht 2011-12)

servative und Liberale zu Wort melden. Aber Journalisten verstehen die unterschiedlichen Kennzahlen noch weniger als die Bevölkerung, und machen aus 1,4 Millionen Menschen, die als „armuts- und ausgrenzungsgefährdet“ gelten, Schlagzeilen, die lauten: „1,4 Millionen Menschen sind arm.“ Und Caritas, Arbeiterkammer und Gewerkschaften stellen diese Zahlen den Leuten jeden Tag vor die Nase, machen ihnen Angst und suggerieren „Jeden kann es treffen.“ Dabei geht es in Wahrheit um Spenden, Subventionen und Politik.

„Dadurch, dass immer mehr Kennzahlen hervorgezaubert werden, und sich niemand mehr auskennt, bleibt das Gefühl, dass es schlecht steht um unser Land.“

Till: Klar geht es um Politik. Das Europäische Parlament, die Staats- und Regierungschefs haben sich verpflichtet, die Armut zu reduzieren. Was sollen sie denn anders machen als Politik?

Hör!: Die 12 Prozent Armutsgefährdete wird es immer geben. Till: Nein, weil wir auch Unterschiede zwischen den Staaten sehen. Österreich steht im europäischen Vergleich wirklich gut da, aber ein neuer EU-Indikator, der im Dezember in Wien präsentiert worden ist, zeigt zum Beispiel, dass die Kinderarmut bei uns vier Mal so hoch ist wie in Schweden. Gerade da kann man etwas tun. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen

7

Merkmal definiert ein nationaler Katalog, um die soziale Eingliederung zu erfassen. Gefragt wird, ob man es sich leisten kann, die Wohnung warm zu halten, regelmäßige Zahlungen zu begleichen, zum Arzt zu gehen, unerwartete Ausgaben zu zahlen, neue Kleidung und nahrhafte Lebensmittel zu kaufen oder Freunde zum Essen einzuladen. Wenn mindestens zwei Mal „Nein“ geantwortet wird, gilt man als „finanziell depriviert“.

(Sozialbericht 2011-12)

beim Armutsgefährdungsrisiko betragen 30 Prozent. Wenn man für Frauen die gleichen Lebensbedingungen wie für Männer herstellt, hätte man das Ziel der Regierung, die Zahl der Ausgrenzungsgefährdeten innerhalb von zehn Jahren um 235.000 zu verringern, schon erreicht. Die Statistik liefert klare Indizien, wo man etwas machen kann. Es geht auch nicht darum, ob es 1,4 Millionen Ausgrenzungsgefährdete in Österreich gibt, sondern ob es weniger werden, und bei welchen Gruppen es Potenzial gibt.

Hör!: Bei den Menschen kommt das aber anders an. Dadurch, dass immer mehr Kennzahlen hervorgezaubert werden, und sich niemand mehr auskennt, bleibt das Gefühl, dass es schlecht steht um unser Land.

DIE FURCHE: Tut es das, Herr Till? Till: Nein, was den europäischen Indikator betrifft, ist die Entwicklung durchaus günstig. Aber das ist nicht in allen Bereichen so: Gleichzeitig zu einem immer kleiner werdenden Kreis an Betroffenen gibt es eine Intensivierung von Armut. Besonders extreme Formen nehmen zu. Und das unterscheidet Österreich von anderen Ländern.

Hör!: Das betrifft aber nur eine halbe Million Menschen. Auf deren Rücken darf nicht Politik gemacht werden. Till: Aber wenn Österreich das einzige Land ist, wo diese Verstärkung stark zu nimmt, muss man dort genau hinschauen, um die richtigen Maßnahmen zu treffen. Das kann man nicht schönrechnen.